

### Aspekte der "sozialen Gerechtigkeit", soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU

Wilkiewicz, Zbigniew

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wilkiewicz, Z. (2007). Aspekte der "sozialen Gerechtigkeit", soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU. *Aktuelle Ostinformationen*, 39(3/4), 4-10. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323437>

#### Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz*

### **Aspekte der „sozialen Gerechtigkeit“, soziale Systeme und soziale Befindlichkeiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU**

#### **Einleitung**

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich zunächst mit einigen Definitionsansätzen des schillernden Begriffs „soziale Gerechtigkeit“ und geht dann auf bestimmte ostmitteleuropäische Besonderheiten ein. Es sollte hervorgehoben werden, dass es sich hierbei lediglich um die Beschreibung von Tendenzen handelt, die in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Es schließt sich ein Abschnitt über soziale Gerechtigkeit im europäischen Vergleich an, wonach zu den zentralen Problemen Arbeitsmärkte und Arbeitsmigration übergeleitet wird.

Die Problematik der Transformationsgewinner und –verlierer wird am Beispiel Polens erörtert. Schließlich wird versucht, einige Einstellungen und Haltungen zu beschreiben, die für Transformationsverlierer in Ostmitteleuropa typisch zu sein scheinen.

#### **1. Definitionsansätze:**

Der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ ist vage und wird kontrovers diskutiert. In der Regel wird darunter eine staatliche Organisation des Wirtschaftssystems verstanden, die allen Bürgerinnen und Bürgern einen möglichst gleichen Zugang zur materiellen Teilhabe erlaubt. In einer etwas abgeschwächten Version geht es um die Chancengleichheit hinsichtlich der Erreichung dieses Zugangs. Dadurch soll jenen sozialen Gruppen, die randständig sind und keine echten Chancen zur Verbesserung ihrer Situation haben, ein menschenwürdiges Leben garantiert werden.<sup>1</sup>

Dabei unterscheiden wir verschiedene Positionen, zum Beispiel die libertäre (*von HAYEK*), die eine sozialstaatlich institutionalisierte Umverteilung zur Korrektur des Marktes ablehnt. Oder die sozialliberale Position (*John RAWLS*), in der jene Grundgüter fair verteilt werden sollen, die für gerechte Startchancen sorgen können. Ziel ist hier die Befreiung der individuellen Lebenschancen von den Zufälligkeiten der sozialen Herkunft, des Geschlechts und der natürlichen Begabung.

Aber auch die kommunitaristische Position (*Michael WALZER*) ist in Betracht zu ziehen, bei der es aus Gründen der Gerechtigkeit Güter geben muss, deren Verteilung nicht vom Geld abhängt: zum Beispiel Gesundheit und Bildung.

Darüber hinaus die „aktivierende“ Position (*Amartya SEN*), bei der in einem individuellen, selbstbestimmten Handeln das zentrale Mittel zur Beseitigung von Armut und sozialer Gerechtigkeit gesehen wird. „Capabilities“ als Voraussetzungen für verschiedene „Beings and doings“ des Individuums, wobei die selbstbestimmte Wahl

<sup>1</sup> Sprawiedliwość społeczna. In: <http://pl.wikipedia.org/wiki/Sprawiedliwość>

von zentraler Bedeutung ist: „Sen entwickelt einen Gerechtigkeitsbegriff, der in den Prinzipien universalistisch, inhaltlich gesättigt, aber kulturell nicht gesättigt ist.“<sup>2</sup>

Schließlich ist ebenfalls auf die Position der von den Kirchen vertretenen Sozialethik zu verweisen, in der hervorgehoben wird, dass soziale Gerechtigkeit auf den Abbau der strukturellen Ursachen für den Mangel an Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozessen zielt.<sup>3</sup>

Diese Positionen entsprechen unterschiedlichen Denkschulen und unterschiedlichen politischen Traditionen und Überzeugungen. Je nach dem vertretenen Menschen- und Gesellschaftsbild bleiben sie interessengeleitet. Dementsprechend muss bei den hier in Frage kommenden Transformationsgesellschaften auch grundsätzlich zwischen mehreren sozialen Schichten unterschieden werden. Zur Vereinfachung werden hier nur die beiden Gruppen der Gewinner und der Verlierer der Transformation voneinander unterschieden. Bevor wir uns ihnen zuwenden, soll allerdings auf einige Besonderheiten in den ostmitteleuropäischen Ländern der EU hingewiesen werden.

## 2. Einige Besonderheiten der ostmitteleuropäischen EU-Länder:

- Nach 1989 postsozialistische Nomenklatura-Privatisierung und ungesetzliche und ungerechte Aneignung von Staatseigentum.
- Durch Einführung der Marktwirtschaft Gewinner und Verlierer der Transformation und stärkere Ausdifferenzierung der Gesellschaften, Zunahme der Arbeitslosigkeit, ungleiche Verteilung der Einkommen und zunehmende Schere zwischen Arm und Reich.
- Zunächst kein Aufbau kohärenter Sozialsysteme, da marktwirtschaftliche Reformen im Vordergrund standen. In den ersten Jahren der Transformation keine grundlegenden Reformen und somit auch keine vom Staat induzierte aktivierende „Hilfe zur Selbsthilfe“.
- Weit verbreitete Alltagskorruption und Vetternwirtschaft als Altlast des real existierenden Sozialismus<sup>4</sup>. Dadurch deutlich wahrnehmbare Defizite hinsichtlich der Rechtsstaatlichkeit.
- Erfolgreicher Aufbau von demokratischen Systemen, aber weiterhin schwache Bürgergesellschaften und schwache politische Eliten.
- Weiterhin bestehende institutionelle und personale Demokratiedefizite<sup>5</sup>, labile politische Parteien, häufige Regierungskrisen und -wechsel (Skandale). Als Folge weiterhin gute Chancen für linken und rechten Populismus.<sup>6</sup>

<sup>2</sup> W. MERKEL, M KRÜCK: Soziale Gerechtigkeit und Demokratie: auf der Suche nach dem Zusammenhang. In: <http://library.fes.de/fulltext/id/01706.htm>

<sup>3</sup> Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Bonn 1997, S. 45-47.

<sup>4</sup> M. JAROSZ: Corruptio, ergo sum. Korruption in Polens Staat und Gesellschaft. In: Osteuropa (2006), 11-12, S. S. 153-166.

<sup>5</sup> Z. WILKIEWICZ: Was bedeutet Europa für die ostmitteleuropäischen Länder? In: Außerschulische Bildung (2006), 1, S. 21-25.

<sup>6</sup> G. SCHÜSSELBAUER: Das Ende der Systemtransformation oder der Beginn des neuen (Lügen-) Populismus. Ungarn, die Slowakei und Tschechien im Jahre 2006. In: aktuelle ostinformationen (2006), 3-4, S. 4-12.

- Nach 1989 neue Rolle der Kirchen mit Machtzuwachs und Machtverlust sowie neuen sozialen Herausforderungen.

### 3. „Soziale Gerechtigkeit“ im europäischen Vergleich

Sozioökonomisch betrachtet ergibt sich für die postsozialistische Staaten insgesamt ein neues Dilemma der Gleichzeitigkeit. Man muss erstens versuchen, zu den wirtschaftlich entwickelten Ländern des Westens aufzuschließen, zweitens seine sozialen Systeme modernisieren, um den Lebensstandard der Bürger zu heben und drittens das makroökonomische Gleichgewicht nicht zu stark gefährden, um sich nicht den Weg zur Währungsunion der EU zu verbauen.<sup>7</sup> Hinzu kommt, dass sich die entwickelten Länder des Westens in einer Situation befinden, in der vom Übergang in die Wissensgesellschaft gesprochen werden kann, was enorme Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Ausbildung hat. Stichpunkte sind hier Mobilität und Bereitschaft zu lebenslangem Lernen.<sup>8</sup> Da die Diskussion zur Gestaltung des Sozialstaats in der ganzen EU in vollem Gange ist, gibt es auch für die ostmitteleuropäischen EU-Länder nicht den Königsweg. Zu berücksichtigen ist dabei auch, dass die EU kein einheitliches Sozialstaatsmodell vorgibt, so dass es diesbezüglich die unterschiedlichsten Pfade geben kann.

Grundsätzlich lassen sich drei Modelle des Sozialstaats in der EU unterscheiden:

- Kontinentales Modell (beitragsfinanziert und obligatorisch mit hohen Lohnnebenkosten)
- Skandinavisches Modell (steuerfinanziert mit aktiver Familienpolitik)
- Angelsächsisches oder liberales Modell (steuerfinanziert, auf Verminderung und Bekämpfung von Armut ausgerichtet)

Im Zusammenhang mit der Frage nach der „Sozialen Gerechtigkeit in Europa“ kann man mit *Daniel DETTLING* für ein Ranking vier zentrale Dimensionen benennen:

1. Armut: Armut verhindert die Entfaltung des Individuums und nachhaltiges Wachstum. Je niedriger die Armut in einem Land, desto gerechter und erfolgreicher ist sein Sozialstaat.
2. Zugang zur Bildung: Der Staat sollte einen möglichst hohen Bildungsstand fördern. Bildung trägt entscheidend zur Vermeidung von Armut und sozialer Ausgrenzung bei.
3. Teilhabe an Arbeit: Durch Arbeit wird Armut vermieden, sie sorgt aber auch für Wirtschaftswachstum und soziale Anerkennung.
4. Familienpolitik: Sie soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und damit ein breiteres Wirtschaftswachstum ermöglichen.

Eine nach diesen Kriterien ausgerichtete Untersuchung von *DETLING*: „Wie gerecht ist Europa?“ Gerechtigkeitsbilanz 2005, bei der Daten aus den Jahren 2000 und 2003/04 erhoben wurden, kommt dabei zum Ergebnis, dass in den oben benannten Bereichen die skandinavischen Länder mit ihrem Modell die ersten Plätze belegen. Deutschland

<sup>7</sup> R. VETTER: Der Globalisierung kaum gewachsen. Polens Sozialsystem auf dem Prüfstand. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 133-152, S. 135

<sup>8</sup> E. MAĆZYŃSKA: Der zivilisatorische Umbruch und die Wirtschaftsordnung. In: aktuelle ostinformationen (2006), 3-4, S. 22-32, S. 32.

schneidet 2003/04 in den Dimensionen Armut und Bildung schlechter ab als noch vier Jahre zuvor. Insgesamt fällt Deutschland von Platz 11 auf Platz 13 zurück.

Die neuen Beitrittsstaaten liegen in der Bilanz zwar weit hinten, zum Teil aber noch vor den südeuropäischen Staaten Italien, Spanien, Portugal und Griechenland. Entscheidend hierfür ist die überaus schlechte Lage auf den Arbeitsmärkten, im Bereich Bildung liegen Staaten wie Slowakei, Tschechien und Polen allerdings sehr weit vorne.<sup>9</sup>

#### 4. Arbeitsmärkte und Arbeitsmigration als zentrale Probleme

Ohne die Ergebnisse dieser Studie und ihre Methodik verabsolutieren zu wollen, wird zumindest tendenziell deutlich, dass es in erster Linie Arbeitsmarktprobleme sind, die auch in den ostmitteleuropäischen EU-Ländern ein zentrales Problem darstellen. Während das BIP dieser Länder nach etlichen wirtschaftlichen Krisen wieder kräftig wächst und das Lebensniveau während der Transformation erheblich gestiegen ist, bleibt die Arbeitsmarktlage in Staaten wie Polen oder der Slowakei weiterhin verheerend. Die aktuellen Verbesserungen bei den Arbeitslosenquoten sind dabei unter anderem dem Umstand geschuldet, dass es nach dem EU-Beitritt zu einer verstärkten Arbeitsmigration gekommen ist. So schätzt man, dass bis zu zwei Mio. Rumänen und zwei Mio. Polen im Ausland arbeiten, wobei es sich sowohl um saisonale als auch längerfristige Beschäftigungen handelt. Dadurch werden die Arbeitsmärkte dieser Länder zwar erheblich entlastet, andererseits erleben wir einen enormen brain drain, dem lediglich ein geringer brain change gegenübersteht. Überdies sind die individuellen Belastungen für die Arbeitsmigranten sowie für ihre Familien enorm. Ihre Mobilität sorgt zwar für die Verbesserung ihrer ökonomischen Lage, dafür zahlen sie aber sozial und familial betrachtet einen sehr hohen Preis.<sup>10</sup> Insofern wird gerade in Polen mit Nachdruck eine staatlich koordinierte Migrationspolitik gefordert sowie größere Investitionen in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung.<sup>11</sup>

#### 5. Gewinner und Verlierer der Transformation am Beispiel Polens

Der Lebensstandard ist in Polen seit den 1990er Jahren gestiegen: dies gilt für die Lebenserwartung, das Bildungsniveau und die Mobilität im Lande und im Ausland, aber auch für die Verbesserung des Gesundheitszustands der Gesellschaft. Dies gilt auch in hohem Maße für die Ausstattung der Haushalte mit technischen Geräten, mit Computern und Autos. Gleichzeitig sind aber auch die Einkommensunterschiede erheblich gewachsen, so dass man füglich von Gewinnern und Verlierern der Transformation sprechen kann.

Zu den Gewinnern gehören diejenigen, die auf Konkurrenzdenken, Risikobereitschaft, Erfolgswillen und berufliche Mobilität setzen. Sie haben die Transformation im Großen und Ganzen gemeistert, hängen eher dem angelsächsischen Sozialstaatsmodell an und akzeptieren vorbehaltlos die Zugehörigkeit ihres Landes zur EU. Aufgrund ihres

<sup>9</sup> D. DETTLING: Soziale Gerechtigkeit in Europa – Wie erfolgreich sind die Mitgliedsstaaten? Studie über die Gerechtigkeitsbilanz in der EU. Vor dem Gipfel am 27. und 28. Oktober in England. In: [www.berlinpolis.de/publikationen/](http://www.berlinpolis.de/publikationen/) - 25k - [Im Cache](#) - [Ähnliche Seiten](#)

<sup>10</sup> K. SCHULLER: Liebe in Zeiten der Wanderung. In: FAZ, 13. 01. 2007, S. 3.

<sup>11</sup> R. NOWAK-LEWANDOWSKA: Emigro, ergo sum. In: Osteuropa, (2006), 11-12, S. 167-178, S.176-177.

Bildungs- und Informationsniveaus fürchten sie sich weder vor dem stärkeren Wettbewerb in der EU noch vor den Folgen der Globalisierung.

Zu den Verlierern gehören neben Armen und Arbeitslosen diejenigen, für die ein festes Einkommen, der möglichst lange Verbleib an einem bestimmten Arbeitsplatz sowie ein weitgehender Verzicht auf berufliche Konkurrenz maßgeblich sind. Diese auf Polen gemünzte Charakteristik hat tendenziell sicherlich auch für die übrigen ostmitteleuropäischen EU-Länder ihre Gültigkeit.

Subjektiv fühlt sich nur eine Minderheit als Gewinner der neuen Marktwirtschaft. Etwa ein Viertel der Gesellschaft versteht sich als ausgesprochener Verlierer, während sich die große Mehrheit protestfrei arrangiert hat.<sup>12</sup> Auch diese Tendenz ließe sich über Polen hinaus verallgemeinern, wobei klar ist, dass es bei ähnlich gearteten Umfragen zur Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen und sozialen Lage zum Beispiel zwischen Rumänien und Slowenien, aber auch schon zwischen Estland und Lettland relativ große Unterschiede geben dürfte.

Schichtenspezifisch betrachtet lässt sich in Polen folgender Allgemeintrend festhalten:

- Die Zahl der Industriearbeiter stagniert
- Die Zahl der Beschäftigten bei den Dienstleistungen steigt an
- Die Zahl der Selbstständigen nimmt ab, was nicht zuletzt daran liegt, dass viele Landwirte ihre Höfe aufgeben
- Zahlreiche kleine Landwirte leben nur noch von sozialen Zuwendungen oder Geldüberweisungen emigrierter Verwandter

Hinsichtlich der Landwirtschaft und der Landwirte haben wir es in Polen sicherlich mit einer Besonderheit zu tun, die in ostmitteleuropäischen EU-Staaten mit einem weniger starken Agrarsektor keine so große Rolle spielt.

Die Einkommensunterschiede, die Spreizung der Gehälter von Managern und Mitarbeitern im gleichen Unternehmen, haben in Polen allerdings fast amerikanische Dimensionen angenommen. Andererseits erhalten viele Langzeitarbeitslose inzwischen weder Arbeitslosengeld noch Sozialhilfe. Sie arbeiten entweder schwarz oder mit oder ohne Arbeitsgenehmigung im europäischen Ausland.

Erschwert wird die Situation auf dem polnischen Arbeitsmarkt durch die großen Unterschiede zwischen den einzelnen Regionen, die sehr hohe Arbeitslosigkeit bei jungen und älteren Menschen, durch das Anwachsen instabiler (prekärer) Arbeitsverhältnisse sowie die Schwäche der staatlichen und privaten Arbeitsmarktinstitutionen.<sup>13</sup> Der immer wieder geforderte Aufbau eines modernen Sozialsystems, wie er in Ansätzen von der Mitte-Rechts-Regierung unter Ministerpräsident Buzek begonnen wurde (Verwaltungs-, Gesundheits-, Renten- und Bildungsreform), erweist sich unter diesen Bedingungen als besonders schwierig. Auch unternahm die kürzlich abgewählte polnische Regierung, die mit der tonangebenden Partei PiS „Recht und Gerechtigkeit“ zu ihrer Losung gemacht hat, in dieser Hinsicht ausgesprochen wenig.<sup>14</sup> Hieraus lassen sich exemplarisch – und nicht nur für die Transformationsverlierer in Polen – folgende Befindlichkeiten und Haltungen ableiten.

<sup>12</sup> R. VETTER, S. 134.

<sup>13</sup> Ibid., S. 140.

<sup>14</sup> Ibid., S. 151.

## 6. Befindlichkeiten und Haltungen bei Transformationsverlierern

Es existiert immer noch eine stark entwickelte passive Nehmer-Mentalität, die auf die Erfahrungen im real existierenden Sozialismus zurückzuführen ist, vergleichbar mit der DDR-Nostalgie in Ostdeutschland. Die wirtschaftliche Aktivierung von Teilen der Gesellschaft (grassroots privatisation) direkt nach dem Zusammenbruch der Planwirtschaften ergab sich aufgrund des Fehlens sozialstaatlichen Schutzes aus reiner Not.

Der für das Selbstverständnis moderner Sozialstaaten und die Funktionsweise der EU zentrale Begriff der Subsidiarität sowie ein daraus abgeleitetes staatliches oder staatsbürgerliches Handeln ist weiterhin wenig verbreitet.

Immerhin gibt es kirchliche Initiativen und die Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen, die diesem Trend entgegenwirken. Dabei geht es nicht nur um die reine Caritas (öffentliche Suppenküchen), sondern auch um den Anspruch, Arme und Benachteiligte zu befähigen, sich selbst zu helfen.

Der Begriff der Gleichheit stellt einen weit verbreiteten Wert dar, wobei ein mehr an Gleichheit auch ein mehr an Verteilungsgerechtigkeit implizieren soll. Hingegen bleibt das, was man unter Beteiligungsgerechtigkeit versteht, weiterhin unterentwickelt.

In der Globalisierung erblickt man eine Gefährdung für die (unter prekären Bedingungen lebenden) Verlierer der Transformation. Die Globalisierung wird in erster Linie als Chance für die gebildeten und mobilen Eliten betrachtet, aber auch für die findigen und mobilen Arbeitsmigranten, die sich dem kaum kalkulierbaren internationalen Arbeitsmarkt unterworfen haben und dessen Herausforderungen sie flexibel und risikobereit zu antizipieren versuchen.<sup>15</sup>

Eine wie auch immer zu definierende globale (europäische) Gerechtigkeit wird durch das Bekenntnis zum nationalen Interesse dominiert. Dabei versteht man sich durch die nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte Teilung Europas auch als Opfer des sowjetisch dominierten Ostens, dem der Westen alleine schon deshalb materiell entgegenkommen sollte. Allerdings ist der Standortnationalismus auch in den Gesellschaften der westlichen EU-Staaten weit verbreitet.

Da aufgrund unübersichtlicher politischer und sozialer Verhältnisse gerade für die Verlierer Politikferne und Wahlabstinenz charakteristisch sind und die meisten nationalen Politiker ein ausgesprochen schlechtes Image haben<sup>16</sup>, besteht eine Sehnsucht nach Orientierung und nach einem starken fürsorglichen Staat oder nach dem autoritären und gerechten Staatsführer.

<sup>15</sup> M. P. GARAPICH: Flexibel und individualistisch. Polnische Migranten zwischen den Welten. In: osteuropa (2006), 11-12, S. 179-190, S. 182.

<sup>16</sup> Polenanalysen. Die polnische Parteienlandschaft, 4, 08. 01. 2007, S. 10-11. Die in Regierungsverantwortung stehenden PolitikerInnen schneiden nach jüngsten Umfragen besonders schlecht ab.



Insofern sind autoritäre und antidemokratische Haltungen keine Seltenheit. Typisch ist die utopische Sehnsucht nach Wohlstand und Sicherheit, nach einem prosperierenden, gerechten und sozialen Staat. Deshalb entscheiden sich zahlreiche Verlierer bei den Wahlen auch immer wieder für populistische Politiker und Parteien.

Es gibt ein nur wenig ausgeprägtes Wissen über die EU und ihre Funktionsweise; in erster Linie wird sie als Umverteilungsmaschine wahrgenommen, bei der man als Empfängerland gerne die europäische Solidarität anmahnt. Insofern sind die Transformationsverlierer trotz des EU-Beitritts ihres Landes und trotz erheblicher Transfers aus Brüssel häufig auch ausgesprochene Gegner der EU.

Aufgrund breiter Entsolidarisierungstendenzen in der Gesellschaft (schwache Stellung der Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften) herrscht zunehmend ein ausgeprägter Egoismus vor. Angesichts weit verbreiteter Armut und schwieriger existenzieller Bedingungen hat der Begriff des Gemeinwohls eine nur untergeordnete Stellung.

Der Begriff Liberalismus und die marktliberale Wirtschaftspraxis – wie sie von einigen Regierungen der ostmitteleuropäischen EU-Staaten vertreten wird – ist mittlerweile diskreditiert und verpönt.<sup>17</sup> Gleichzeitig misst man dem Modell der sozialen Marktwirtschaft, die bekanntlich auf den Lehrsätzen des Ordoliberalismus beruht, große Bedeutung zu, ohne dessen Funktionsweise näher zu kennen.

## 8. Fazit

Frustration und Unzufriedenheit sind kennzeichnend für einen großen Teil der Ostmitteleuropäer, auch nach einer jetzt schon fast drei Jahre währenden Mitgliedschaft in der EU. Der vom neoliberalen mainstream geprägte Blick westlicher Experten auf die Entwicklung in Ostmitteleuropa ist einseitig, die immense Verarmung der Gesellschaften und die schlechte Lage auf den Arbeitsmärkten wird ignoriert. Auch wird die Absenz eines tragfähigen sozialen Schutzes entweder nicht oder gar wohlwollend zur Kenntnis genommen, da sie als Argument in den eigenen Ländern dienen kann, man sich als Investor davon Vorteile versprechen darf und die meisten ostmitteleuropäischen EU-Staaten weiterhin auf ausländische Direktinvestitionen angewiesen sind. Dieser Blickwinkel entspricht durchaus auch der Perspektive der postkommunistischen politischen und wirtschaftlichen Eliten in den ostmitteleuropäischen Reformstaaten, die sich füglich als Transformationsgewinner verstehen können. Die neuen Ungleichheiten nehmen aber auch aktuell betrachtet nicht ab, sondern zu. Ein neuer Mittelstand formiert sich nur sehr allmählich, die Armut breitet sich in zahlreichen ostmitteleuropäischen EU-Ländern unabhängig davon, welcher Armutsdefinition man sich bedient, ebenfalls aus. Insofern ist dem in Bremen lehrenden konservativen Soziologen *Zdzisław KRASNOŁĘBSKI* zuzustimmen, wenn er in seinem Aufsatz über Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa zu folgendem Ergebnis kommt: „Ostmitteleuropa braucht eine neue

<sup>17</sup> J. SZACKI: Der Liberalismus nach dem Ende des Kommunismus. F./M. 2003, S. 266-267.



friedliche Revolution, eine, die nicht gegen Demokratie und ökonomische Freiheit gerichtet ist, sondern sie erst verwirklicht und mit Solidarität und Gerechtigkeit verbindet.“<sup>18</sup> Aber auch *KRASNODEBSKI* muss (wohl zwangsläufig) offen lassen, wie dieses anspruchsvolle Ziel in absehbarer Zeit zu erreichen wäre.

---

<sup>18</sup>Z. KRASNODEBSKI: Verlierer und Gewinner in Ostmitteleuropa.  
In: [http://www.owep.de/2006\\_2\\_krasnodebski.php](http://www.owep.de/2006_2_krasnodebski.php).